

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 22. März 2017

Selbstständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Mag. Christian Sagartz, BA, Mag^a. Regina Petrik, Manfred Kölly,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den
Erhalt des Österreichischen Rettungswesens**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom _____ betreffend Erhalt des Österreichischen Rettungswesens

Österreichs Rettungswesen braucht den internationalen Vergleich nicht zu scheuen: Sanitäterinnen und Sanitäter werden auf hohem Niveau ausgebildet. Eine bundesweit einheitliche Notrufnummer, zeitgemäße technische Ausstattung und ein dicht geknüpftes Netz von Rettungsdienststellen stellen rasche Eintreffzeiten der Helfer sicher. Unversorgte Landstriche gibt es nicht. Wer Hilfe benötigt, bekommt genau die richtige: Notärztliche Notfallrettung, nicht-notärztliche Notfallrettung, Sanitätseinsätze und Ambulanzdienste heißen die vier Teile des „Rettungsverbundsystems“ in Österreich. Dieses System ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn ausgerichtet. Es wird mit Hilfe von zehntausenden Freiwilligen betrieben und bietet hochqualitative und leistbare rettungsdienstliche Versorgung in allen – auch strukturschwachen – Regionen Österreichs.

2014 hat die EU eine neue Richtlinie zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen beschlossen. Sie soll im Vergaberechtsreformgesetz 2017 umgesetzt werden. Wenn das nicht möglichst umsichtig geschieht, könnte das bewährte Rettungsverbundsystem gefährdet werden. Das würde abnehmende Qualität und höhere Kosten bedeuten, darüber hinaus würden viele Freiwillige aus dem Rettungsdienst in der Katastrophenhilfe wegfallen. Die Leistungen der Sanitäter und Notärzte in den österreichischen Rettungsdiensten stehen in allen Bereichen des österreichischen Rettungsverbundes im Vordergrund und es muss klar sein, dass solche Leistungen weiterhin nicht auszuschreiben sind.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge bei der Erarbeitung des Vergaberechtsreformgesetzes 2017 alle rechtlichen Spielräume ausschöpfen, um den Fortbestand des österreichischen Rettungswesens abzusichern.